

Klares Signal



Jürgen Theiner
über Bremens
Außenstände

Mit rund 90 Millionen Euro stehen Bürger und Unternehmen beim Land Bremen in der Kreide. Der Betrag wächst seit Jahren. Der Wille, das Geld für die öffentliche Hand einzutreiben, ist in einigen Behörden offenbar erlahmt. Angesichts des eigenen bremschen Schuldenbergs von über 20 Milliarden Euro mögen sich 90 Millionen nach einem Kleckerbetrag anhören. Die Summe reicht ungefähr, um zwei Monate lang die Zinsen auf Bremens Staatsschulden zu bezahlen. Lohnt sich angesichts solch deprimierender Relationen überhaupt der Aufbau eines effizienteren Forderungsmanagements?

Aber ja! Mag sich der fiskalische Effekt auch in Grenzen halten – es geht darum, eine wichtige Botschaft an den Stabilitätsrat zu senden, der über die Konsolidierung der Finanzen von Bund und Ländern wacht. Bremen bietet gegenüber diesem Gremium ja ohnehin genug offene Flanken. So ist etwa der Streit um die separate Ausweisung der Flüchtlingskosten im Landeshaushalt 2016/17 noch längst nicht ausgestanden. Finanzsenatorin Karoline Linnert tut deshalb gut daran, unnötige Angriffsflächen zu reduzieren, indem sie die Außenstände rigoros eintreibt.

Bericht Seite 9

juergen.theiner@weser-kurier.de

Zu lässig



Iris Hetscher
über die Elbphilharmonie

Na endlich. Neuneinhalb Jahre hat es gedauert, die Elbphilharmonie zu bauen, jetzt ist das Konzerthaus fertig. Ab Sonnabend kann man sich auf der Plaza tummeln. Etwas mehr Großzügigkeit wäre allerdings angebracht gewesen. Warum muss der Besuch zwei Euro kosten?

Immerhin war der Hamburger Senat bisher auch sehr freigiebig, wenn es bei dem Konzerthaus um das Thema Geld ging. 800 Millionen (Steuer-)Euro hat der Bau letztendlich gekostet, dafür erhält Hamburg ein neues, architektonisch herausragendes Wahrzeichen mit einem Konzertsaal als Kern, mit dem man sich in der Weltspitze positionieren will. Gleichzeitig soll aber ein abgestuftes Preissystem auch dafür sorgen, dass sich möglichst viele Hamburger einen Besuch leisten können.

Selbstbewusste Pläne, mit denen die Stadt signalisiert, dass man jetzt nach vorne schauen will. Trotzdem wäre ein wenig Demut angebracht. Doch Ex-Bürgermeister Ole von Beust schwurbelt von „zu geringer Planungstiefe“ zu Beginn des Projekts und wischt die Verzehnfachung der Kosten mit einem „Hinterher ist jeder klüger“ vom Tapet. Das ist entschieden zu lässig.

Bericht Seite 22

iris.hetscher@weser-kurier.de

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig

Geschäftsführende Redakteure:
Alexandra-Katharina Küttemeyer, Christian Wagner

Chefreporter: Jürgen Hinrichs - Chefreporter Kultur/Medien:
Dr. Hendrik Werner - Politik: Jörg Heige Wagner - Bremen:
Mathias Sonnenberg - Wirtschaft: Philipp Jaklin - Kultur:
Iris Hetscher - Sport: Marc Hagedorn - Regionalleitung:
Peter Voith - Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt,
Bernhard Komesker (komm.) - Leiter Zentralredaktion: Markus Peters
Leiter Sonderthemen: Stefan Dammann - Art-Direktor:
Franz Berding - Büro Berlin: Jochen Arntz (Leitung)
Büro Hannover: Peter Mlodoch - Büro Hamburg: Mona Adams

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum
monatlich 33,40 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
David Koopmann, Tanja Bittner

Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 70.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis
14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von
6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von
8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser
entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000

Abonnenten-Service:
Telefon: 0421/36716677 Telefax: 0421/36711020
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800/3671222*
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 0421/36716655
Telefax: 0421/36711100 (Anzeigen)
Telefax: 0421/36711010 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de



Kostas Koufogiorgos

Eine Schlacht, in der nichts unmöglich scheint



Thomas Spang
über den US-Wahlkampf

Acht Tage bedeuten im Rennen um das Weiße Haus eine halbe Ewigkeit. Diese alte Weisheit aus US-Wahlkämpfen bestätigt sich in der politischen Seifenoper um Donald Trump und Hillary Clinton einmal mehr. Wer hätte nach der dritten Debatte in Las Vegas gedacht, der politisch am Boden liegende Rechtspopulist werde sich noch einmal aufrappeln können? Keine zwei Wochen später kehrt Trump mit Triumphgeheul auf den „Strip“ zurück. Das völlig unerwartete Wiederaufleben der E-Mail-Affäre Clintons liefert dem Präsidentschaftskandidaten der Republikaner die Munition, seine Gegnerin unter Beschuss zu nehmen.

Zu den frenetischen „Lock her up!“-Rufen (Sperrt sie ein!) seiner Anhänger bezichtigte er Clinton, „absichtlich, vorsätzlich, zielbewusst“ Staatsgeheimnisse verraten zu haben. Das Niveau dieses Wahlkampfes ist so tief abgesunken, dass die Kriminalisierung der politischen Gegnerin – eigentlich ein Kennzeichen demokratisch unterentwickelter Bananenrepubliken – heute zur Normalität gehört. Egal wie das Rennen ausgeht: Trump hat damit die Grundlage zur De-Legitimierung einer Präsidentin Hillary Clinton geschaffen.

Nur das Argument mit dem „manipulierten System“ funktioniert nicht mehr so gut, seit FBI-Chef James B. Comey – beabsichtigt oder nicht – Trump eine Steilvorlage gab. Das Clinton-Lager hat allen Grund, empört darüber zu sein, dass eine Sicherheitsbehörde wenige Tage vor der Wahl mit Informationen

über ein schwebendes Verfahren in den Wahlkampf eingreift. Das hat es noch nicht gegeben, das verlangt nach einer Erklärung. So meint der Führer der Demokraten im Senat, Harry Reid, Comey habe sich möglicherweise selber strafbar gemacht.

Gewiss hat es mehr als ein Geschmäckle, dass die FBI-Ermittler über Wochen Erkenntnisse unter Verschluss hielten, die zu einer Wiederaufnahme des bereits abgeschlossenen Ermittlungsverfahrens gegen Clinton führen könnten. Zumal nicht einmal klar ist, ob die 650000 E-Mails auf dem Rechner Anthony Weiners überhaupt belastendes Material gegen Clinton enthalten.

Das Clinton-Lager hat allen Grund, empört zu sein.

Dass die Bundespolizei nun den richterlich genehmigten Zugriff auf die Daten des Laptops erhält, verdankt Clinton ihrer Vertrauten Huma Abedin. Die hatte Zugriff auf den Rechner ihres inzwischen von ihr getrennt lebenden Mannes, der wegen Sexting mit einer Minderjährigen strafrechtlich verfolgt wird. Experten meinen, eine Analyse der E-Mails sei nicht weiter kompliziert, brauche aber Zeit. Es ließe sich relativ schnell feststellen, ob Abedin E-Mails, die der Geheimhaltung unterlagen, von Clinton abgerufen hat oder erhielt. Schwieriger sei es, zu entscheiden, ob die Inhalte eine Wiedereröffnung des Verfahrens rechtfertigten.

Die rechtliche Klärung wird einige Wochen in Anspruch nehmen. Politisch wirft der Fall schon jetzt Dividenden ab,

die Donald Trump auf den letzten Metern dieses bizarren Wahlkampfes helfen. Eine aktuelle Umfrage der „Washington Post“ zeigt, dass die Affäre bestehende Bedenken der Wähler über die Aufrichtigkeit Clintons verstärkt. In dem beispiellosen Unbeliebtheitswettbewerb dieser Wahlen liegen Clinton und Trump nun gleichauf. Knapp sechs von zehn US-Bürgern haben ein negatives Bild der Kandidaten. Bisher durfte sich Hillary damit trösten, nicht ganz so unbeliebt zu sein wie der blondierte Milliardär, der mit seiner Hetze gegen Mexikaner und Muslime und den sexuellen Übergriffen auf Frauen wichtige Wählergruppen verpörrt hat.

Glück im Unglück für die Demokratin: Seit Wochen geben die Amerikaner in 35 Bundesstaaten bereits ihre Stimmen für die Präsidentschaftswahlen ab. Rund 20 Millionen Wähler nutzten bislang die Früh- und Briefwahl, die Hälfte davon in den wichtigen Swing States. Dort entscheidet sich am Ende die Mehrheit im Wahlmänner-Kollegium. Trump müsste trotz der Wendung des Blattes alle Rennen, die auf der Kippe stehen, für sich entscheiden, um auf die 270 Wahlmännerstimmen zu kommen. Das ist in einem Wahljahr, das schon vorher alle möglichen Konventionen über den Haufen geworfen hat, nicht unmöglich.

Wahrscheinlich ist ein solcher Umschwung allerdings auch nicht. Dagegen sprechen die Statistiken der Wählerbewegungen, die Trump bestenfalls eine Außenseiterchance geben. Hinzu kommen die enormen Defizite des Rechtspopulisten bei der organisatorischen Infrastruktur in den Bundesstaaten. Zudem bleibt noch mehr als eine Woche bis zum Urnengang. Zeit, in der viel passieren kann. politik@weser-kurier.de

Mitteldeutsche Zeitung

über die Entwicklung in der Türkei: „Deutsche Abgeordnete sollten nicht nur die Bundeswehrsoldaten in Incirlik besuchen, sondern sich auch für verhaftete Journalisten und die Foltervorwürfe interessieren. Mit der Einführung der Todesstrafe wäre eine rote Linie überschritten. Die Antwort darauf kann nicht nur darin bestehen, die EU-Beitrittsverhandlungen zu stornieren und die Türkei aus dem Europarat zu werfen. Eine EU, die gegen Russland Sanktionen verhängt, muss den Mut haben, dieses Instrument auch gegen die Türkei einzusetzen.“

Volksstimme

über den neuen Vertrag von Joachim Löw: „Kurz nachdem ‚Jogi‘ Löw seinen Vertrag als Trainer der deutschen Nationalmannschaft vorzeitig verlängert hatte, trudelte die Nachricht ein: Der Weltmeister-Trainer wird im Vatikan von Papst Franziskus empfangen. Halleluja! (...) Die Unterschrift sorgt für Ruhe, Löw kann noch fokussierter die WM-Titelverteidigung angehen. Letztlich wird der Bundestrainer aber auch an Resultaten gemessen, eine erfolgreiche WM 2018 ist und bleibt deshalb wohl Voraussetzung für die Vertragserfüllung bis 2020 – das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.“

Lübecker Nachrichten

über den Papst: „Der Papst reiht sich ein bei denen, die als evangelische Geistliche und Gläubige des Reformators Martin Luther gedenken. Eine so starke Geste der Ökumene hat die Welt noch nicht gesehen. Franziskus bewegt, er verändert etwas im Verhältnis zwischen Katholiken und Protestanten weltweit. Aber es müssen auch praktische Schritte folgen. Wie lange noch will man im Vatikan warten, bevor das gemeinsame Abendmahl zugelassen wird?“



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.

Wie die Politik die EEG-Umlage künstlich hochtreibt

Norbert Allnoch über steigende Strompreise

Ab 2017 zahlen Stromkunden für die EEG-Umlage 6,88 Cent pro Kilowattstunde (kWh), wieder ein neuer Höchststand. Die Umlage steigt mittlerweile schneller, als der Ausbau der erneuerbaren Energien nachkommt. Kaum zu glauben, aber den Mechanismus für die sich rasant drehende Kostenspirale hat die Politik selbst vor Jahren eingefädelt. Zunächst ist den Verbrauchern vermittelt worden, erneuerbare Energien werden staatlich gefördert. Tatsächlich ist das EEG aber als eine Art Fonds mit Einnahmen und Ausgaben konzipiert, die Bankkonten führen die Stromnetzbetreiber. Zahlungen an die Betreiber von

Wind- oder Solaranlagen werden abgebucht, Einnahmen werden über den Verkauf des EEG-Ökostroms an der Börse erzielt, die Differenz ist die EEG-Umlage. Beispiel: Der Betreiber einer Windkraftanlage erhält sieben Cent je kWh, der Verkauf bringt drei Cent. Die Differenz (Deckungslücke) von vier Cent wird über die EEG-Umlage ausgeglichen. Die Folge: je niedriger die Stromerlöse an der Börse, umso höher die EEG-Umlage und umgekehrt.

Die künstliche Aufblähung der EEG-Umlage beginnt 2010. Seither muss der EEG-Ökostrom an der Strombörse zwangsverkauft werden. Nur darf der Wind- oder Solarstrom dort paradoxerweise nicht mehr EEG-Ökostrom heißen, sondern muss „Graustrom“ genannt werden. Wenn es aber keinen Ökostrom gibt, wie können sich dann Stadtwerke einen so „grünen“ Anstrich geben?

Hier greift die zweite Maßnahme, die Stromkennzeichnungs-Verordnung. Darin ist festgelegt, dass Stadtwerke den EEG-Ökostrom ausweisen sollen, allein weil die Stromkunden die EEG-Umlage zahlen. Geliefert allerdings wird nichts. Für den Verbraucher ist es nicht erkennbar und irreführend, im Strom-Mix des Versorgers ist schlicht „nicht drin, was drauf steht“.

Beide Vorgaben lösen eine Kettenreaktion aus. Stadtwerke können keinen EEG-Ökostrom einkaufen, also kaufen sie weiter konventionellen Strom bei den großen Kraftwerksbetreibern. Die liefern und lassen ihre Kraftwerke vertragsgemäß durchlaufen. Der EEG-Ökostrom, 2015 ca. 160 Milliarden Kilowattstunden, kommt als „Graustrom“ zusätzlich auf den Markt. Das gewaltige Überangebot lässt die Börsen-Strompreise sinken. Zwar freuen sich die Einkäufer, bezahlt wird dies von

den Stromkunden über höhere EEG-Ausgleichskosten. Darüber beklagt sich nun die Industrie und drängt auf EEG-Befreiung. Folge: Weniger zahlen ein, die EEG-Umlage steigt noch schneller. Vorteil für die Politik: niedrige Strompreise für Teile der Wirtschaft und erneuerbare Energien als Sündenbock für steigende Verbraucher-Strompreise.



Unser Gastautor leitet das Internationale Wirtschaftsforum Regenerative Energien in Münster seit der Gründung 1996. Seine Themenschwerpunkte sind regenerative Energiewirtschaft und internationaler Klimaschutz.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.